

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen für die  
vereinigten Staaten:  
J. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lueders,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Haj,  
S. W. Corner Third and  
coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 2 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.  
Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 1. ten  
u. 3. ten Monat und auf den  
3. ten Monat besonders an-  
genommen, im Sgr. Sachsen  
u. Pruth. Sachl. Altenburg  
auch auf den 1. ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 116

Mittwoch, 26. November.

1873.

## Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Dezember zu 3 1/2 Neugroschen werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig zu 6 Sgr. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei dem Colporteur Müller; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Reuschönfeld zc. bei D. Stelzer, Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau zc. bei Frau Hohe, Hofmarkt Nr. 9, in Lindenau, für Connewitz zc. bei Teubert, Vornaische Straße 197, für Kleinschöcher und Umgegend bei Pfeiffer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.

Parteigenossen! ermüdet nicht, auch fernerhin allerorts nach Kräften zur Weiterverbreitung des Parteiorgans beizutragen.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

## Reichstagswahl.

Die „Bosfische Zeitung“ schreibt und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ drückt sich, daß in der nächsten Zeit alle Fraktionen des preussischen Landtags sich mit der Reichstagswahl beschäftigen werden, um Comités zu ernennen. Die „Bosfische Zeitung“ hält diese Maßregel für um so notwendiger, als die sozialdemokratische Partei, welche den Landtag wählen fern blieb, entschlossen scheint, nicht nur in den größeren Städten Preussens, sondern aller Orten im Reich alle Hebel in Bewegung zu setzen, um möglichst viele der übrigen in den Reichstag zu bringen.

Unsere Parteigenossen werden die Befürchtungen und Vermuthungen unserer Feinde zu rechtfertigen wissen, indem sie durch die äußersten Anstrengungen einen möglichst großartigen Sieg unserer Partei zu erreichen suchen. Es gilt unsere Ehre, da muß jeder jede Minute Zeit und den letzten übrigbleibenden Groschen einsetzen.

Wir ersuchen unsere Parteigenossen, uns über den Gang der Wahlagitatorik stets auf dem Laufenden zu erhalten. Das Beste wird sein, wenn jedes Bezirkswahlcomité ein Mitglied aus seiner Mitte ernannt, welches die Parteipresse von wichtigen Vorgängen sowohl auf unserer Seite wie auf Seite der Gegner zu unterrichten hat. Die eingehenden Wahlnachrichten werden wir stets an der Spitze des Blattes veröffentlichen.

In München ist Seitens der Arbeiter im ersten Wahlbezirk Pröbstle, im zweiten Geiser aufgestellt.

Die Parteigenossen in Pforzheim haben als Candidaten Johann Jacoby aufgestellt, das Gleiche geschah im Bamberger Bezirk.

Im holländischen Bezirk Altona-Wandsbeck wird Seitens unserer Partei Bebel gegen Hasenlever candidiren.

Im 15. sächsischen Bezirk Frankenberg-Mittweida-Burgstädt haben sämtliche gegnerische Parteien unserm Parteicandidaten Wahlrecht den Dr. Gensel in Leipzig gegenübergestellt.

Von den Parteigenossen in Köln ist Hierfas (Mainz) von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei als Reichstagscandidat aufgestellt worden.

Für den Wahlkreis Lennep-Mettmann, den früher einmal Dr. Frigge im Reichstag vertrat, ist auf einer Delegirten-Conferenz der Parteigenossen in Ronsdorf Carl Hennig als Candidat bestimmt worden.

Wir werden nächste Woche das Verzeichniß sämtlicher Seitens unserer Partei aufgestellten Candidaten veröffentlichen und bitten demgemäß um sofortige Mittheilung der erst neuerdings Aufgestellten.

Wie neuerdings versichert wird, sollen die Wahlen erst im Januar, statt im Dezember stattfinden. Die Hinausschiebung des Termins kann uns recht sein, ändert aber an unserer Thätigkeit nichts; diese muß unausgesetzt fort dauern und mit immer größerem Eifer betrieben werden!

An die Wahlcomités und die Agitatoren in Sachsen!  
Um die Agitation in möglichst praktischer Weise und ohne Zeitverlust, namentlich in weit ausgedehnten Bezirken betreiben zu können, ist es nothwendig, daß sich die Comités und die Agitatoren mit einer genauen Karte von Sachsen versehen, welche sämtliche Orte des Landes nebst den Verkehrswegen enthält. Wir empfehlen als solche diejenige von C. Gräfe, welche in allen Buchhandlungen und durch die Expedition des „Volksstaat“ zum Preise von 12 1/2 Groschen zu haben ist. Da das Ortsverzeichnis der einzelnen Bezirke durch das Centralwahlcomité den Bezirkswahlcomités bereits zugesandt worden ist, werden diese mit leichter Mühe sich auf der Karte zurecht finden und ihren Bezirk abgrenzen können.

Wresden. An die Wähler des 11. sächsischen Wahlkreises (Wresden, Grimma u. c.). Nachdem der von der Landesversammlung in Chemnitz für den 11. Wahlkreis vorgeschlagene Reichstags-Candidat W. Fink in Leipzig durch verschiedene Gründe veranlaßt, seine Candidatur zurückziehen sich genöthigt sah, hat der Landeswahlausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Wählern genannten Wahlkreises, den Dreißtädtermeister August Bebel aus Leipzig, derzeit auf Hubertshurg, als Candidaten vorzuschlagen und die Wähler des 11. Wahlkreises, in ihrer Agitation zu den bevorstehenden Reichstagswahlen von diesem Vorschlag Notiz zu nehmen und ihre Stimme nur den vom Landes-Wahlausschuß vorgeschlagenen Candidaten August Bebel zu geben. Zugleich ersuchen wir die Parteigenossen in Wresden, Grimma und anderen Orten des 11. Wahlkreises, uns umgehend Nachricht über ihre Vorarbeiten zu den Wahlen zukommen zu lassen.

Im Namen des Landes-Wahlausschusses:

J. Kuer, 1. Vorsitzender. A. Otto Walster, 1. Schriftführer.

Stollberg, 23. Nov. An die Wähler des 19. sächsischen Wahlkreises. Bei dem plötzlich und unvermuthet näher gerückten Wahltermin der Reichstagswahl werden alle Parteigenossen und Wähler allerorts nochmals aufgefordert, da, wo sich noch keine Wahlcomités gebildet, solche eiligst schnell zu thun und die Adressen anher gelangen zu lassen. Solche Parteigenossen, welche sich über irgend etwas im Unklaren befinden, mögen sich an das Centralwahlcomité wenden, welches bereitwillig Auskunft und nöthige Anweisung ertheilt. Wir, sowie alle Parteigenossen allerorts, wissen sehr gut, daß gerade der gewählte Zeitpunkt für die Arbeiter ein sehr ungünstiger ist; es schadet aber nichts; es gilt auch dieses Mal zu beweisen, daß wir, die wir an und für sich die große Mehrheit sind, auch dieses Mal stark sind und vor keiner Beschwerde scheuen. Treten wir Alle mit Energie ein in den Kampf und halten wir einen Jeden an, sein Recht zur Geltung zu bringen. Die Ankosten werden bestritten. Also laßt an's Werk. Glück auf zur Wahlwahl!

Das Central-Wahlcomité:

Fr. Desterreich, 1. Vorsitzender, Schloßgasse;  
R. Ehrentraut, 2.  
E. Bachmann, Kassirer, Herrenstraße;  
E. Ficker, 1. Schriftführer;  
D. Neubert, 2. Schriftführer;  
J. Lorenz, El. Becker, Beisitzer.

Alle Briefe und Correspondenzen wolle man adressiren an Fr. Desterreich, 1. Vorsitzender, Schloßgasse in Stollberg. NB. Es hat sich hier die Meinung verbreitet, unser Candidat Liebnest habe noch ein volles Jahr Festungshaft zu verbüßen. Das ist falsch. Liebnest wird im April nächsten Jahres (1874) frei, hat also nur noch fünf Monate das Vergnügen, auf Hubertshurg zu residiren.

Fürth, 19. November. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hier haben in der Versammlung vom 15. ds. Mts. den Parteigenossen Gabriel Pöwenstein als Reichstagscandidaten für den Wahlkreis Fürth-Erlangen aufgestellt und ein Central-Wahlcomité erannt zur Vertretung der Wahlagitatorik. Sollte ein gewandter Redner in die Nähe von Fürth kommen, so ersuchen wir denselben hiermit, an die unterzeichnete Adresse eine Nachricht hiervon gelangen zu lassen. Die Reichstagswahlen sind ja die beste Gelegenheit zur Verbreitung der sozialistischen Idee.

Im Auftrage:

Der Vertrauensmann: Philipp Herpfer, Gustavstraße 7, 2.

Stade. Unterzeichnetes Comité giebt hierdurch den Parteigenossen und Freunden der Devise „gleiches Recht für Alle“ im 18. hannoverschen Wahlkreise bekannt, daß von den Stader Parteigenossen Herr Th. Jork aus Hamburg als Candidat für die bevorstehende Reichstagswahl in obigem Wahlkreise aufgestellt worden ist. Das Comité fordert die betreffenden Wähler auf, auch ihrerseits nach besten Kräften für dessen Wahl zu wirken.

Das Comité.

## Moderne Folter.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung ist vom Abgeordneten Perzer nachstehende Interpellation an das Kriegsministerium gerichtet worden:

„In Neumarkt in der Oberpfalz starb im Sommer heurigen Jahres ein Soldat der dortigen Garnison Namens Plattner, der wegen seiner Leiden, die er im Dienste anzusehen hatte, im Leben schon als Märtyrer gehalten und als solcher auch im Grabe noch geehrt wird. Die stets frischen Blumen auf seinem Grabe und das eigens von dortigen Bewohnern auf dasselbe gesetzte vergoldete Kreuz geben laut Zeugniß hievon. Das Martyrium dieses Soldaten bestand neben einem beständigen Gehirnleiden, in Folge dessen er oft vom Pferde stürzte und seinem Dienste nicht gehörig vorstehen konnte, was ihm aber als Verstellung angerechnet wurde, in Dunkelarrest bei Wasser und Brod, in Säbel- und Peitschenhieben, in Faustschlägen und Fußtritten, in Unterlauchen in der Pferdebeschwemme und an den tiefsten Stellen, in welcher er anstatt zu reiten, sein Pferd an der Hand führen mußte — wegen angeblicher Reinigung wurde er mitten im Winter und bei sehr großer Kälte in einem ungeheizten Saal in eisaltes Wasser geworfen — in eigens kommandirtem Darüberreiten, nachdem er vom Pferde gestürzt zu Boden lag, und in den größten Beschimpfungen. Die mittelbaren oder unmittelbaren Urheber dieser Leiden waren ein Bataillonsarzt, der den leidenden Zustand des Plattner nicht zu verstehen schien, indem er ihm noch am Sterbetage Verstellung vorwarf, ein Premierlieutenant, der ausdrücklichen Befehl zum Wasserwerfen, zum Darüberreiten, zu Faustschlägen u. c. ertheilte, ein Wachtmeister und zwei Korporale, die ihn fast täglich mit Säbel- und Peitschenhieben, sowie mit Fußtritten traktirten. Sogar am Todestag soll er noch vom erwähnten Wachtmeister gedroselt worden sein. So spricht sich die Volkstimme in und um Neumarkt aus, dasselbe bestätigten auch zehn von mir vernommene Augen- und Ohrenzeugen. Wenn man nun bedenkt, daß dieses geschehen ist von zum Theile Gebildeten, und in einer Zeit, wo die glorieichen Erfolge der deutsche Reich kann selbst bei solchen Angelegenheiten sein mordenpatriotisches Wasser nicht halten. (Red. v. B.) des letzten Krieges, an dem ja auch unsere bayerische Armee und gewiß auch die gemeinen Soldaten, zu denen Plattner gehörte, so hervorragenden Antheil nahmen, in noch so frischem Gedächtnisse stehen; in einer Zeit, wo aus Rücksichten der Humanität und in löblicher Weise Vereine selbst zum Schutze der Thiere bestehen und nach den bestehenden Gesetzen deren Mißhandlung bestraft wird, dürfte es der allgemeinen Volkstimme, sowie Vertretern des Volkes nicht zu verargen sein, wenn sie für solche Unthaten Sühne ver-

langen. Man wird eine entsprechende Sühne um so gerechtfertigter finden, als bei Straflosigkeit solcher Fälle, dieselben sich sehr leicht vervielfältigen und Nachahmung finden könnten, und der sonst so edle (ah! sonst ist er „edel“! Red. v. B.) Militärstand zum Schrecken nicht nur unserer Söhne, sondern auch ihrer Eltern und Ackerwandten, sowie aller mit Gefühl begabten Menschen sich gestalten müßte. Deswegen erlaube ich mir an das königliche Kriegsministerium die Frage: 1) Hat dasselbe Kenntniß von eben genannten Mißhandlungen und amtliche Untersuchung gepflogen? 2) Was ist zur Bestrafung der Thäter geschehen? eventuell 3) was gedenkt die Kriegsverwaltung hiegegen zu thun?“

Ja, endlich bekommt so ein guter „Patriot“ einmal eine Ahnung davon, daß der Militärstand ein Schrecken aller mit Gefühl begabten Menschen werden muß.

Der Herr Kriegsminister Prandl hat auf diese Interpellation geantwortet und gesagt, daß es richtig sei, daß Plattner geprügelt gewesen, daß der Arzt dies nicht erkannt, daß Plattner als Simulant (als ein sich absichtlich Verstellender, krank stellender) betrachtet und mit Dunkelarrest bestraft worden sei. Daß er mißhandelt worden, sei nicht wahr. Das kann allerdings Jeder sagen und braucht noch nicht einmal bayerischer Kriegsminister zu sein. Der Herr Kriegsminister bemerkte noch, daß er die „Anschuldigungen als geschäftliche, tendenziöse Entstellungen in ihre gebührenden Schranken zurückweise“ und damit fiel der parlamentarische Vorhang über eine der scheußlichsten Greuelthaten unserer „modernen Civilisation“. Das „hohe Haus“ ließ es sich in deutschem Mannerthum natürlich gefallen, daß damit die Interpellation erledigt war.

Wie wenig es gefraget hat, daß die Plattner'sche Angelegenheit, die schon vor Monaten durch die Presse ging, an die Öffentlichkeit kam, zeigt nachstehende Plattner'sche, die das „Fürther demokratische Wochenblatt“ aus Nürnberg erzählt.

In der Bärenschanzkaserne dahier befindet sich der Soldat Alt, der Sohn eines wohlhabenden Müllers. Derselbe erlitt schon in frühesten Jugend eine Beschädigung durch einen Wühlwagen, wurde aber vollständig wieder hergestellt, und seiner Zeit kontribuirte. Während seiner Anwesenheit beim Regiment hatte er das Maßver, sich mit dem Pferde zu überschlagen, was ihm eine schwere Verletzung im Kreuz jagte, so daß er nicht mehr im Stande ist, aufrecht und in regelmäßigen Schritt zu marschiren. Ähnlich wie bei Plattner erklärt man nun diese Unfähigkeit für Verstellung und sperrt ihn ein. Herr Stadtsarzt Fuchs, der bei vielen Soldaten in gewisser Hinsicht in sehr gutem Andenken ist, erklärte den Mann bei der Untersuchung für gutem Andenken, weil er — man höre und staune — wohlgenährt sei! Als ob ein Mensch, dem es im Kreuz fehlt, nicht recht gut „wohlgenährt“ sein könnte, namentlich wenn er wie Alt die materiellen Mittel hat, um sich Lebensmittel kaufen zu können. In Folge dieser Erklärung des Arztes wurde nun Alt gezwungen, an den regelmäßigen Exercitien Theil zu nehmen; selbstverständlich ist derselbe nicht im Stande, seinen Pflichten nachzukommen. Die Behandlung, welche er deshalb von den Rittmeister Siller, demselben, welcher bereits im 70er Kriege einem Soldaten das Gehör mit einem Prügel verschlagen hat, zu erdulden hat, ist so haarsträubend unmenslich, daß wir uns nicht entschließen konnten, auf die bloße Erzählung der umwohnenden Bürger hin, etwas darüber auszunehmen; wir mußten uns selbst überzeugen, und das haben wir denn an zwei Tagen, während welcher der Unglückliche sich zufällig nicht im Brunnstall befand, an Ort und Stelle gesehen und können deshalb für jede Silbe, die hier geschrieben steht, den Beweis der Wahrheit antreten; außerdem können mehr als 3 Duzend Zeugen zur Verfügung gestellt werden. Ein Hauptinstrument, durch welches Alt zur „Raison“ gebracht werden soll, ist die Reitpeitsche des Herrn Rittmeisters, mit welcher derselbe dem armen Menschen Schläge auf die Beine versetzt; außerdem ist es üblich, ihm Fußtritte zu appliciren, ihn von einer Seite auf die andere zu reihen, an den Ohren auf den Voltigirbock zu zerrn und dem Unteroffizier, der die Uebungen leitet, zuzurufen, er solle den Keil exerciren lassen, bis er hin sei. Erzählen sich doch die Soldaten anderer Escadronen allgemein, daß der Rittmeister dem Gequälten schon gesagt habe, er wolle ihm eine Kugel geben, mit der er sich todtschießen könne, mit einem Wort, man ist der Ansicht, daß der Unglückliche die Kaserne nicht lebendig verlassen wird. Ein Wunder wäre dies allerdings nicht; denn nach jedem verunglückten Exercitium sperrt man ihn fünf Tage in die Strafzelle, aus der er nur herauskommt, um neue Mißhandlungen zu erdulden, oder man sperrt ihn des Nachts ein, um ihn bei Tage dressiren zu können. Konstatirt muß jedoch werden, daß die Unteroffiziere, sowie die sämtlichen anderen Offiziere der Escadron den Aerzten auf das Humanste behandeln, und nur aus diesem Grunde ist es erklärlich, daß Alt sich nicht schon lange aus Verzweiflung eine Kugel durch den Kopf jagte.

Daß bei irgend welchen „wilden“ oder „barbarischen“ Völkern solche Schindereien vorkommen, haben wir nirgends gehört, noch gelesen und das „deutsche Reich“ muß es demnach allein sein, wo es Kriegsthaten gibt, die roh genug sind, ihre Soldaten tod zu schinden und zu quälen. Rohrer als die heutigen Pratorianer können diejenigen des römischen Kaiserreichs und des dreißigjährigen Krieges nicht gewirksamere haben.

Wo aber die Gewalt zu brutal austritt, da muß nothwendig bald ein Rückschlag erfolgen, wie die Vogenlehne springt, welche allzufrüh gespannt wird. Und so geben auch die an den beiden bayerischen Soldaten verübten Greuel der Erwartung Raum, daß ein System, welches der schändlichsten Quälerei, der unmenschlichsten Grausamkeit unter dem Namen „Disciplin“ freien Spielraum läßt, keinen Bestand haben wird. Und das Maß ist über-

voll. Denken wir an die Armen von Sedan, von Regensburg, von Hohenzollern, die sich in der Sonnenhitze todtmarſchiren mußten, an die Hunderte von Säbelaffären, welche die Tagespresse berichtet — so können wir nur den Ruf erheben:

Wir leben im neunzehnten Jahrhundert! Weg mit der mittelalterlichen Barbarei und Plag für die Menschlichkeit!

## Politische Uebersicht.

— Preussische Musterwirtschaft. Der „Staatshaushaltsetat“, der dem preussischen Landtage vorgelegt worden, enthält allerlei kleine Posten, die für uns nicht ohne Interesse sind. Wir finden vor allem, daß 40,000 Thaler für „geheime Ausgaben im Interesse der Polizei“ bestimmt sind. Der Stieber ist theuer, wie freilich seine Leistungen für das Bismarck'sche Regime unerschöpfbar sind. Preußen ist ein „Staat“ von 28 Millionen Menschen und es muß unter diesen 28 Millionen merkwürdig viel zu sichern geben, wenn für die geheimen „Interessen“ der Polizei schon 40,000 Thaler nötig sind. Die Loyalität und das Gefühl der „getreuen Unterthanenpflicht“ gehen freilich so weit im Landtage, daß Niemand es sich angelegen sein läßt, zu fragen, zu welchen Zwecken denn eigentlich der Stieber 40,000 Thlr. braucht. Wir können es uns ungefähr denken, und wenn irgend Jemand die praktische Erfahrung gemacht hat, daß der Stieber mächtig ist, so ist es sicherlich die Sozialdemokratie; aber es thut uns wirklich leid, daß dem „Genialen“ die Berlegenheit erspart worden ist, die ihm durch eine dies bezügliche Anfrage im Landtage hätte bereitet werden können. Der preussische Staatshaushalt hat noch andere interessante Posten. Bekanntlich wird ja der Heiligengreis fortwährend von getreuen Unterthanen angebetet. Es mag darunter manche arme Wittwe sein, deren Kinder hungern, weil ihr Ernährer im glorreichen Krieg erschossen worden und wir am Wemigsten werden es einer solchen verübeln, wenn sie den Gnadenweg betritt; aber wenn eine Volksvertretung vorhanden wäre, so müßte sie auf dem Wege der Gesetzgebung dafür sorgen, daß die Hinterbliebenen der Opfer des Krieges nicht Noth leiden und nicht einen Dispositionsfond für „Gnadenbewilligungen“ errichten, mit denen es seine Verwandtschaft hat, weil gar oft die Protection der Höfliche dabei maßgebend ist. Denn dabei kommen arme Wittwen stets zu kurz! Und wie viele Wählgänger und Wähler mögen auf solche „Gnadenbewilligungen“ spekuliren. Wir haben bis jetzt noch nichts davon erwähnt, daß jedesmal bei Ankunft fremder Monarchen in Berlin ganze Waschküchen voll Bettelbriefe an dieselben befördert werden, weil und beim bloßen Gedanken an solche niedrigen Bettelereien ein Gel besfällt. Unsere „Besigenden“ und „Gebildeten“, die sich nicht schämen, den „gekronen Schuft“ an masse anzubetteln, warum sollen sie dies nicht auch bei dem Czaren Alexander oder dem „Ehrenmann“ Victor Emanuel thun?

— Eine ganz eigentümliche Uebertragung ist den „Culturkämpfern“ zu Theil geworden: die „Ultramontanen“, die schon im letzten Landtag Anläufe dazu machten, ihren Gegnern den „liberalen“ Wind aus den Segeln zu nehmen, haben ihren Feldzug im neuen Landtag mit einem Antrag auf Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts für den Landtag eröffnet und weitere Anträge in liberaler Richtung bezüglich der Pressegesetzgebung u. angehängt. Der liberale Vorspann des Bismarck'schen Carrrens ist aus den Wolken gefallen und dieser pöblichen Vertauschung der Rollen und steht verduht am Berg; gegen den Antrag auf Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts können sie um so weniger etwas einwenden, als Göge Bismarck dasselbe in höchst eigener Person auf das Schärfste verurtheilt hat. Was aber wird aus dem „Culturkampf“, wenn die Culturkämpfer sich nothgedrungen von den Culturfeinden, deren rückwärtserische Tendenzen sie so hitzig denunzirt, ins Schlepptau nehmen und die „liberale“ Fahne vorantreiben lassen müssen! Das ist freilich keine beneidenswerthe Zwischmühle! Und es dürfte schwer sein zu entscheiden, ob Zurückweisung oder Annahme des „ultramontanen“ Antrags für die „Liberale“ das Blamableste ist. Und nicht bloß auf die parlamentarische Arena (Kampffeld) scheinen die „Ultramontanen“ sich mit dieser sinnreichen Methode der Kriegführung zu beschränken. Nach dunklen Andeutungen der katholischen Presse, die in dem verlegenen Zurückhalten der Replikenspendenbestimmungen festhalten, hat der Papst in einem zweiten Brief an den Kaiser gewisse sehr unangenehme Dinge zur Sprache gebracht und u. A. die mit den Kulturpräntionen des neuen Reichs schwer in Harmonie zu bringenden „Segnungen“ des Militarismus in zwar nicht sehr schmeichelhafter, dafür aber desto verständlicherer Sprache erwähnt. Kein Wunder, daß es den Herausforderungen der „ultramontanen“ Presse noch nicht gelungen ist, die preussische Regierung zur Veröffentlichung dieses Briefes zu bewegen, der offenbar nicht hinter den Spiegel gesteckt werden wird. Beiläufig sei erwähnt, daß der jetzige Papst sich auf den „Culturkampf“ mit liberalem, ja demokratischem Apparat ganz vortrefflich versteht, mindestens so gut wie Fürst Bismarck. Man braucht nur die Geschichte von 1848 nachzulesen. Wir verfolgen mit „ungeheurer Heiterkeit“ dieses Duell zwischen den zwei mittelalterlichen Gespenstern, von denen jedes die Welt überzeugen will, es vertritt die Kultur des 19. Jahrhunderts.

— Der Bericht der „königlichen Untersuchungskommission“ ist dem Landtag vorgelegt worden. Er umfaßt vierzig bis fünfzig Bogen und die noch ungedruckten Anlagen mindestens doppelt so viel! Da möge sich nur der Landtag in Gottesnamen an das lohnende Geschäft des Stednabelsuchens in einem Bündel Heu machen! Wir wünschen gute Verrichtung!

— Die Berliner „Volkszeitung“ schreibt mit großer Gemüthsruhe:

„Berlin. Durch die den Magistrats-Mitgliedern gewährten Gehaltszuschüsse steigt der Ausgabebetrag für dieselben um 11,300 Thlr., nämlich von gegenwärtig 41,400 Thlr. auf 52,700 Thlr. Es beziehen vom nächsten Jahre Gehalt: Oberbürgermeister Hobrecht 10,000 Thlr., Bürgermeister Dunder 5000 Thlr., Stadtbaurath Blankenstein 4000 Thlr., Stadtbaurath Rospat 3100 Thlr., Stadtschulrath Dr. Hofmann und der zu wählende zweite Stadtschulrath je 3000 Thlr., Syndikus Le Brun 2800 Thlr., die Stadträthe Ollow und Schreiner je 2600 Thlr., Syndikus Belle 2500 Thlr., Stadtrath Nöldeken 2300 Thlr., Rämmerer Künze 2200 Thlr., Stadtrath Dr. Weber 2000 Thlr. Die Stadträthe Voigt, Oberth, Friedel und Neubrink je 1900 Thlr.“

Wir citiren dies nur deshalb, weil einst der „geniale Staatsmann“ im preussischen Landtage, sich getrieben fühlend, einen faulen Witz zu machen, sich zu dem „geflügeln Wort“ hinreigen ließ, die Pariser Commune habe einen „gesunden Kern“ und sei „nichts anderes als ein Kampf um die preussische Städteordnung.“ Die preussischen Junker und Bourgeois hörten diesem geistreichen Ausspruch andächtig zu und Keinem fiel es ein, zu fragen, warum

man denn so die Commune allerorts bekämpfe, wenn sie nichts weiter sei. Die wenig indessen die Männer der Commune mit der preussischen Städteordnung zu thun hatten, das beweist, daß sie ihre Arbeit für höchst bescheidene Gehalte verrichteten und nicht das Fett vom städtischen Einkommen abschöpften, wie es laut obigem Lohnsatz von den Berliner Magistratsleuten geschieht. Daß die Communebewegung sich um nichts anderes gedreht habe, als um die urrationale preussische Städteordnung und sonach auch um die mit ihr zusammenhängende ebenso reaktionäre communale Organisation, das zu behaupten kann sich nur ein Bismarck erdreissen, dessen Plattitüden, je fader sie sind, desto jubelnder von dem „Denkervolk“ aufgenommen werden und dessen „geflügelte Worte“ immer da für „sehr geistreich“ gehalten werden, wo sie dem Pferdestall sehr nahe sind.

— Diebe und Theiler. Beim Durchblättern alter englischer Zeitungen stoßen wir auf folgende Notiz, deren Richtigkeit beiläufig feststeht. „Ein Kaufmann aus Wopping (bei London) hinterließ für die Erziehung der Armen 100,000 Pfd. Sterl. Aber Lord Elton gab (zu Anfang dieses Jahrhunderts) die Vollmacht dazu, diese Summe für die Bezahlung der Schulden des (erzlierlichen) Prinzregenten zu verwenden. Das Christus-Hospital (in London), die sogenannte Blaurockschule (nach der vorgeschriebenen Tracht der Schüler so benannt) verwendet ihr jährliches Einkommen von 70,000 Pfd. Sterling für die Erziehung der Söhne aus Familien, welche Geld, Einfluß und Connektionen haben! Und doch war diese Schule ursprünglich für die Kinder von mittellosen Bürgern bestimmt! Wenn man das Einkommen aller in der City befindlichen und nach dem Willen der Erblaster für die Armen bestimmten Stiftungen zusammenrechnet, ein Einkommen, welches jetzt dazu verwandt wird, Kindern der Reichen eine kostspielige (und nebenbei obendrein herzlich schlechte) Erziehung zu geben, so würde die Summe nicht bloß für die unentgeltliche Erziehung aller armen Kinder von London ausreichen, sondern es wäre auch noch genug da, um Schulgebäude zu errichten und im Stande zu halten.“ Kurz das alte Lied: die Armen von den Reichen bestohlen und ausgeplündert! Hier direkt, dort indirekt — hier durch offenen schamlosen Diebstahl, dort durch Ausbeutung ihrer Arbeitskraft! — Erwähnt sei noch, daß die oben angeführten Beispiele nicht vereinzelt dastehen, und daß es auch in Deutschland wohl keine „reiche“ Stadt giebt, in der nicht ähnliche Spießbübereien im Schwang wären. Vielleicht kommen wir auf das Thema zurück.

— Moderne Folter. Unsere Leser erinnern sich der Zu-Tod-Folterung des armen Rißke, von der wir in einer der letzten Nummern berichtet haben. Wie es scheint, will man in Hannover ein ähnliches Meisterstück kulturkämpferischer Thätigkeit liefern. Im Sommer des vorigen Jahres wurde der welschenfreundliche Pastor Grote wegen angeblich in einem Kalender begangener Majestätsbeleidigungen zu 15monatlichem Gefängnis verurtheilt. Jetzt nun, wo der Mann bald in Freiheit gesetzt werden mußte, hat man, nicht zufrieden mit jener drakonischen Bestrafung, in dem inkriminirten Schriftchen (einem Kalender) nach fünfvierteljährigem Stiebers zwei neue Majestätsbeleidigungen entdeckt und vor einigen Tagen deshalb gegen Grote verhandelt. Wie man sich denken kann, war der Angeklagte über solch unerhörtes Vergnügen sehr erregt, und ließ sich in seiner Vertheidigungsrede zu einigen heftigen Aeußerungen hinreißen, die sofort zum Gegenstand neuer Anklagen gemacht wurden. Das Urtheil über die zwei neuen Majestätsbeleidigungen ist noch nicht gefällt. Daß es kein freisprechendes sein wird, dürfen wir erwarten. Dann folgt der Prozeß über die in der Vertheidigungsrede begangenen Beleidigungen; aus diesem Prozeß wird voraussichtlich, außer der obligaten Strafe, ein neuer Beleidigungsprozeß erwachsen. Und so wird Pastor Grote, wenn der Staatsanwalt und die Richter es nicht müde werden, den Unglücklichen zu Tode zu hegen, gleich dem armen Rißke im Gefängnis aus einer Strafe in die andere verfallen, bis man ihn auf den Kirchhof bringt, der ja auch eine Station im „Rechtsstaate“ ist.

— Der Hunger. Wir lesen im „Bestungarischen Grenzboten“, einem Bourgeoisblatte:

„Die Bewohner der Städte Preßburg, Turnau, Bösing u. wurden am Allerheiligentag nicht wenig erschreckt durch die Nachricht, in Kapersdorf — wo eben eine größere Zahl Arbeiter bei den Waagthalbahn-Bauten beschäftigt ist — seien Arbeiter-Unruhen ausgebrochen. Der Schrecken war kein gewöhnlicher, denn trotz aller Versicherungen unserer weisen Regierungsmänner, in Ungarn gebe es keine Arbeiterfrage, ahnt es die Bevölkerung — wenn sie es leider auch nicht weiß — daß dem nicht so ist, daß wir allerdings keine Fabrikarbeiter haben, dagegen aber einen Tagelöhner-„Pöbel“, ein Handwerker-, Proletariat“ besitzen, welchen Rechnung getragen werden muß. Das Unglück hierbei ist nur, daß dieser Instinkt unserer Bevölkerung nicht die rechte Richtung erhält, daß er vielmehr zu der Anschauung gedrängt wird, das Unrecht sei ausschließlich auf der Seite des „Pöbels“. Woher sollte aber auch die Erkenntnis kommen, daß die Schuld an der nicht hinwegzuleugnenden Unzufriedenheit der Arbeiter-Klassen nicht minder auf Seite jenes Theiles liegt, der der arbeitgebende ist. Erst in unserer Dienstag-Nummer sprachen wir uns über die Handwerker und ihre Gehilfen einigermaßen aus, und fanden, daß die Unbildung beider Theile die Ursache der täglich erregter werdenden Reibungen ist; heute schon müssen wir — veranlaßt durch die einlaufenden genaueren Berichte über die Unruhen in Kapersdorf, sowie über „Crawalle“ auf der Bömörer Bahn — uns gegen den Mißbrauch wenden, den Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitern treiben.

Während in Bömör die Bahnarbeiter durch die Zahlungsunfähigkeit des „Generalunternehmers“ um ihren Lohn gebracht werden, beuten bei der Waagthalbahn „Subunternehmer“ oder „Partieführer“ die Arbeiter durch das sogenannte Truck-System aus. Nicht genug, daß der Arbeitslohn durch die vielen Hände, welche er passiren muß (von den Conzessionären zu den Generalunternehmern, von diesen zu Sub-Unternehmern und von diesen zu ersten oder gar zweiten Partieführern), beträchtlich verfürzt wird, so kommt überdies der Lohn den Arbeitern gar nicht in die Hände.

Dies geschieht so; Der Partieführer ist zugleich Marktleuder. Er creditirt dem ihm unterstehenden Arbeiter Schnaps, Wurst, Speck, Brod, Tabak, welche Waaren meist nicht nur verfürzt oder schlecht geliefert, sondern auch weit theurer als anderwärts angedreht werden. Die ohnedies geringe Sparsamkeit der Arbeiter wird durch die Leichtigkeit des Credits arg geschwächt, und häufig wird der Lohn ganz verzehrt. Was durch diese Art des in England stark bekämpften Truck-Systems nicht erreicht wird, vollendet die auf der Waagthalbahn angewendete Finte, daß nur in längern Terminen ausgezahlt wird, wodurch oft — wie es am Samstag der Fall war — die Arbeiter jedes Lohnes entblößt sind. Natürlich ist es sodann, daß die Mandvers endlich durchschauend werden

— wäre der Arbeiter selbst „nur ein Slovake“ — und der Unwillen zum Ausbruch kommt.

Verdammenwerth ist es, wenn zur Gewalt gegriffen wird, allein die Justiz-Behörden müßen bei der Bestrafung der „Rädel-führer“ an die obigen Ursachen der Ausschreitungen denken und dabei beachten, daß das Gemeinrecht mit Rücksicht auf die Fabrikarbeiter jene Mißbräuche strengstens verbietet, und dasselbe Verbot auch Tagelöhner und Bahnarbeiter betreffend aufgestellt worden wäre, wenn diese Arbeiter-Klassen schon gesetzlichen Normen unterstellt wären. Für die Legislative aber seien jene Ereignisse die dringliche Mahnung, auch für die landwirtschaftlichen und Eisenbahn-Arbeiter u. zu sorgen. Denn auch diese spielen in der sozialen Frage, vor der wir ebenfalls stehen, eine Rolle, und zwar eine je schlimmere, je unfertiger unsere Zustände und je thätloser die „Landesväter“ sind.“

Bei solchen Dingen von „Rädel-führern“ zu sprechen, ist einfach albern. Der Hunger ist hier der einzige „Rädel-führer“ und wer dies nicht einseh, der mag sich überhaupt nicht an, in solche Dinge hinein zu reden. Merkwürdig ist, daß der „Grenzboten“ klar erkennt, daß die raffinierte Ausbeutungsweise der „Arbeitgeber“ die Schuld trägt an der Unzufriedenheit der Arbeiter; aber von dieser Rechenschaft zu verlangen und sie verantwortlich zu machen für das, was ihre Handlungsweise zur Folge hat, fehlt ihm der Muth. So ist's aber in der ganzen Gesellschaft. Gerath der Arbeiter über die unerschämten Diebereien des „Arbeitgebers“ in Wuth und vergeht sich, so wird er hart bestraft; der intellektuelle Urheber des Vergehens aber kommt nicht nur ungeschoren davon, sondern erhält wo möglich noch Staatshilfe zu weiterer Menschenshänderei. Das ist die Macht des Besitzes, welche gebrochen werden muß, indem die Klassenherrschaft gebrochen wird.

— Monsieur Durand hat in der letzten Nummer der „Internationale“ eine Vertheidigung, oder richtiger Entschuldigung hervorgebracht, die aber so unlogisch und albern ist, daß es Papiererschwendung wäre, auf das traurige Schriftstück einzugehen, welches uns übrigens, nebenbei bemerkt, an der Unehrlichkeit des Mannes zweifeln läßt, jedoch auf Kosten seines Verstandes. Genug — er giebt zu, daß er eine Fellei begangen haben könne, schwört aber Stein und Bein, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. Interessant für uns ist bloß, daß Herr Durand sich hinter die Rockschöße des fetten Bakunin und des dünnen Richard, des Bakunin'schen Faktotums und bonapartistischen Agenten, versteckt. Wir warten ab, was die belgischen Parteigenossen in dieser Sache thun werden.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der in Verdier erscheinende „Mirabeau“, ebenfalls Organ der belgischen Internationalen, unsere Bemerkungen über die Affaire Durand sehr übel nimmt, und sich dabei zu der Behauptung versteigt, der „Vollstaar“, der „seit drei Jahren gegen uns (die belgischen) Arbeiter ebenso gehäßige als lächerliche Verleumdungen schleudert“, habe erklärt, die „Revolution“ sei den Antiautoritariern (Bakunisten) gleichbedeutend mit Bonapartismus.“ Wir ersuchen den Verfasser des betr. Artikels, uns nachzuweisen, 1) wo wir das Letztere erklärt haben, und 2) uns eine einzige Stelle des „Vollstaar“ seit dem Bestehen unseres Blattes zu zeigen, worin eine „Verleumdung“ der belgischen Arbeiter enthalten ist. Zeigt er uns irgend eine Aeußerung, die für unsere belgischen Brüder beleidigend sein könnte, so werden wir dieselbe zurücknehmen. Von der Ehrenhaftigkeit des „Mirabeau“ erwarten wir Berücksichtigung dieser unserer Notiz.

— Ueber die Lage in Italien schreibt ein Correspondent der „Bereinigten Staaten von Europa“ (Nr. 32) aus Mailand unterm 10. d. Mts.: „Das Elend, die nothwendige Folge unserer Finanzverschleuderung und schlechten Verwaltung, fordert zahlreiche Opfer unter den Arbeitern in Stadt und Land. Es giebt in Italien kein Brod und kein Geld mehr. (Soll heißen für das arbeitende Volk. N. d. B.) Hier in Mailand, der moralischen (geistigen) Hauptstadt des Königreichs, in der reichsten und gebildetsten Stadt Italiens, sieht man hier und da Individuen, Männer, Weiber und Kinder, herumirren, die aller Existenzmittel ermangeln. Ganze Familien sind ohne Obdach und alle diese Unglücklichen, überwältigt von den Qualen des Hungers, sind auf den Stufen der großen Cathedral-Treppe gelagert, von wo sie die Hände stehend nach den Vorübergehenden ausstrecken. Welch entsetzliches Schauspiel! Um so empörender, als es in herzerregendem Contrast mit dem Luxus steht, welchen die Fürsten des O-Badachs zur Schau stellen. Was ich von Mailand berichte, gilt in gleichem Maße von den ümlichen Provinzen, wo das Elend eben so groß ist. Wer trägt die Schuld dieser Armuth? Wenn man in das Jahr 1861 zurückgeht und die Preise der nothwendigen Lebensmittel prüft, so wird man finden, daß sie seitdem fortwährend gestiegen sind, bis sie die jetzige exorbitante (maßlos übertriebene) Höhe erreicht haben. Auf der anderen Seite sind die Arbeitslöhne bei weitem nicht in einem dem Steigen der Lebensmittelpreise entsprechenden Verhältnisse emporgegangen; der heutige Durchschnittslohn beträgt hundert Centimes (gleich 1 Franc, d. i. 8 Groschen!) für zwölf Stunden! In den Regierungsfinanzen läßt sich eine beständige Vermehrung der Circulation von Cassenanweisungen der Nationalbank bemerken, so daß in Folge dessen die Waarenpreise um 25-30 Prozent gestiegen sind (was eine Entwertung des Papiergelds zu diesem Betrag bedeutet); und obgleich die Herren Kapitalisten, die aus den Bankaktien 48-100 Prozent Zinsen ziehen, uns weig machen wollen, die Staatsmänner thäten ihr Möglichstes zur Abhilfe dieser traurigen Zustände, so lassen wir uns doch nicht in der Ansicht erschüttern, daß hier (?) die Grundursache des uns erdrückenden Elends liegt. Man kann sagen: Italien befindet sich jetzt in der nämlichen Lage wie Frankreich vor 1789 (dem Jahr des Ausbruchs der großen Revolution). — Die gegenwärtige Lage ist die Verurtheilung der konstitutionellen Monarchie ohne Appell. Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit allgemein. Der Hunger ist bekanntlich ein böser (mitunter auch sehr guter) Rathgeber, und es wäre leicht möglich, daß das italienische Volk in sehr kurzer Zeit den Dingen eine andere Gestalt gäbe.“

So der Correspondent der „Bereinigten Staaten“. Was er über das in Italien herrschende Elend sagt, trägt den Stempel der Wahrheit, und wird durch sonstige Mittheilungen bestätigt. Auch darin hat er unzweifelhaft Recht, daß er die konstitutionelle Monarchie, d. h. die Monarchie, welche den Staat der Bourgeoisie zur Plünderung überliefert, „ohne Appell verurtheilt“ und auf die Dauer unhaltbar erklärt. Er irrt aber, wenn er glaubt, das in Italien herrschende Elend sei die Folge der verschwenderischen und korrupten Finanzwirtschaft. Daß letztere das Uebel befördert, unterliegt allerdings keinem Zweifel, sie ist aber selber Wirkung des ökonomischen Systems, in dem das Arbeiterelend seine Grundursache hat. Die öffentliche Ausbeutung ist ihrem Wesen nach identisch (einerlei) mit der privaten Ausbeutung — der einzige Unterschied ist in der Methode: der Privatausbeuter und der öffentliche Ausbeuter plündern Beide das arbeitende Volk unter

dem Schutz und mit Hilfe des Staats, nur daß der öffentliche Ausbeuter den ganzen Staat zur Raubdomäne hat, und der Privatbeute nur dasjenige Terrain, welches er sich zu erobern versteht. —

— Verirrt sich ein Sozialdemokrat so von ungefähr ins Leipziger Universitätsgebäude und schaut sich das schwarze Brett an, allwo die Herren Professoren einladen, aus dem Becher der Weltweisheit zu trinken. Alldort steht auch in zierlicher Schrift zu lesen:

„Das Strafrechts-Praktikum beginnt Montag, den 3. November. Prof. Dr. Binding.“

Eigenthümlich ist die Sache schon, wenn auch nicht gerade der Skalp (die nach indianischer Sitte abgeschälte Kopfhaut) des alten Kuffes daneben hängt. Die „Lebensharmonie“, von welcher deutsche Professoren so viel und so gerne reden, ist demnach auf deutschen Hochschulen schon zu einer solchen Vollendung gelangt, daß ein deutscher Professor, der bei der „Einweihung“ der hochpreussischen Universität im frischannektirten Strassburg dem alten Kuffes ein „Sankrechts-Praktikum“ nach allen Regeln des „Urgermanismus“ gelesen hat, nun in Leipzig, der „geistigen Metroprole Deutschlands“, der studirenden Jugend ein „Strafrechts-Praktikum“ liest. Was der Herr Professor Binding wohl denken mag, wenn er an die Bestimmungen des Strafrechts kommt, welche sich gegen die Mißhandlung Wehrloser, gegen die Brutalität des Stärkeren richten? Daß doch die schöne Zeit der Geister und Gespenster schon vorüber ist! Es wäre unzahlbar, würde der alte Kuffes sich bei dem „Strafrechts-Praktikum“ des Herrn Binding im Grabe herumdrücken und seinen „Geist“ in den Hörsaal senden, wo der praktische Professor über die graue Theorie liest. Denn der alte Kuffes versteht etwas von der „Praxis“ des Herrn Binding, dieser „Bierde“ der alma mater und Universität, der „großen Seefahrt“ Leipzig!

— Am 21. d. Mts. ist Parteigenosse Däschner, nachdem er 10 Monate Festung wegen diverser „Majestätsbeleidigungen“ verblüht, aus Hubertusburg entlassen, aber sogleich von einem Diener der heiligen Hermandad in Empfang genommen und nach dem benachbarten Wernsdorf „verbracht“ worden, um verschiedene kleine Gefängnisstrafen dort zu verbüßen.

Da Braunschweig den 1. Dezember ebenfalls entlassen wird, reducirt sich die Zahl der wegen politischer Vergehen inhaftirten Festungsinassen vorläufig auf die beiden Leipziger „Hochverräter“.

— Die Berliner „Volkzeitung“ entnimmt der „Mittelrheinischen Zeitung“ die Nachricht, daß Bebel's Gesundheitszustand in Folge seiner Haft zu großen Bedenken Veranlassung gebe. Wir wissen nicht, was für ein „wohlwollender“ Freund Bebel's diese Ente in die Welt gesetzt hat, denn wir können aus eigener persönlicher Anschauung versichern, daß Bebel's Gesundheitszustand ein ganz ausgezeichnet ist und in dieser Beziehung ihn seine Haft nur genügt hat.

— Von der „Süddeutschen Volkszeitung“, Organ des Stuttgarter Proletariats, ist die erste Nummer unter der Redaktion von Carl Hillmann erschienen. Das Blatt verspricht, die soziale Frage „allgemein und fern vom Parteigehäk“ behandeln zu wollen. Unsere besten Wünsche begleiten das junge Unternehmen.

— Parteigenosse Radtke in Königsberg ist in zweiter Instanz wegen „Majestätsbeleidigung“ zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

## Gewerkschaftliches.

### Metallarbeiter-Gewerkschaft.

**Chemnitz.** Den Mitgliedern benannter Gewerkschaft diene hiermit zur Nachricht, daß laut Abstimmung des den Mitgliedern zugefandten Circulars Punkt 1 mit mehr denn zehnfacher, Punkt 2 mit mehr denn dreißigfacher, Punkt 3 mit achtfacher und Punkt 4 mit mehr denn doppelter Majorität angenommen wurden. Sonach Punkt 1, das Wort „International“ betreffend, welches schon so vielfältig der Erweiterung unserer Gewerkschaft hindernd im Wege stand, indem man sowohl von Seiten der Gerichte als unserer Gegner dem Worte eine ganz falsche Bedeutung beilegte und sich mit demselben zu jeder Maßregelung berechtigt glaubte, als wie auch die Entfernung dieses Wortes bei Vereinigung mit andern Gewerkschaften bedingt wurde, zu streichen ist und die fernere Titulatur Metallarbeiter-Gewerkschaft lautet.

Es ändert dieses unser Prinzip um kein Jota, da unser ganzes Vorgehen auf internationaler Grundlage beruht und die Erlangung der allgemeinen Menschenrechte sich auch unter keiner andern Form erzielen läßt. Die drei andern Bestimmungen, welche auf die Vereinigung mit den andern Gewerkschaften Bezug haben, treten erst mit dem Tage der offiziellen Bekanntmachung der Vereinigung in Kraft.

Den Sachgenossen in Thüringen, Bayern u. zur Nachricht, daß die projectirte Agitationsreise (wegen Beschleunigung der Reichstagswahl) vorerst unterbleibt und nach Neujahr stattfindet, zu welchem Zwecke weitere Mittheilungen erwartet werden.

Für den Ausschuß:

Rich. C. J. Wolf, Langestr. 9, 2 Tr.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

**Salle a. S.** Sonntag den 16. d. Mts. erfolgte die Urabstimmung über das Krankenkasstatut. Von den Paragraphen wurden geändert in ihrer Grundfassung: § 2, wo es heißt: daß sie das 50. Lebensjahr u. s. w. soll es heißen: Diejenigen, welche über 50 Jahre sind, können nur beim Intrastritt des Bundes als Mitglied angenommen werden. Bei § 3 soll das Eintrittsgeld wegfallen. § 5. Jedes Mitglied, welches 2 Monate Steuern restirt, wird gestrichen. § 8. Mitglieder, welche sich auf der Reise befinden, bekommen nur dann Unterstützung, wenn sie sich im Krankenhause befinden und dies durch ärztliches Attest bestätigt. § 9 soll dahin geändert werden, daß statt 4 Thlr. nur 3 Thlr. und statt 26 Wochen nur 13 Wochen Unterstützung gewährt werden. § 10. Die restirenden Beiträge haben gestrichene Mitglieder nicht zu entrichten, sind aber u. s. w. § 15 soweit angenommen, jedoch die Zeit, wo der Kranke zu Hause sein muß, hat nur der Arzt zu bestimmen.

Ferner geben wir allen unsern Collegen zur Nachricht, daß unser Verein sich eines guten Fortschrittes erfreut. Wir bestehen

hier erst zwei und ein halb Monat und sind schon 50 Mitglieder stark, anfangs waren deren nur 22. Es herrscht jetzt als Folge der Organisation ein brüderlicher Geist unter uns, darum rufen wir allen Collegen zu, organisiert Euch.

Den Ausschuß ersuchen wir, uns doch neue Bücher, wie bestellt, zu senden, die alten sind vergriffen.

Sodann möchten wir noch an die Holzarbeitergewerkschaft in Leipzig die Anfrage stellen, ob sie nicht gefonnen wäre, mit irgend einer Branche hier in Verhandlung zu treten behufs Einberufung einer Versammlung sämtlicher Holzarbeiter zur Gründung einer Mitgliedschaft; das Feld ist gut, nur tüchtige organisatorische Kräfte fehlen uns. Ebenso steht es mit den Metallarbeitern, die bei der Anzahl großartiger Etablissements stark vertreten sind. Zu Gewerkschaften bekommt man hier einen Saal, aber zu keiner Volks-Versammlung; darum müßten wir es auf diese Weise versuchen. Es existirt hier ein Buchdrucker-Verein, Vöttcher-(Küper-) Verein und Allgemeiner deutscher Schneiderverein. In nächster Zeit soll sich eine Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei konstituieren. Wir würden uns freuen, wenn obige Winke beachtet würden.

Mit sozialdemokratischem Gruß Julius Beyer, Bev.;  
K. Sandberg 21, Hof 1 Tr.

### Verband für Buchbinder.

**Frankfurt a. M., 20. November.** (Buchbinderstr.) Drei unserer Collegen befinden sich in Haft. Warum? weiß nur die hochlöbl. Polizei, vielleicht auch die Herrn Meister. Die Verhaftung war schon mehr eine Einfangung wie der größten Verbrecher, denn einer derselben wurde durch die Polizei auf der Herberge, der andere aus dem Bett geholt, der dritte ist unsern Augen entchwunden. Collegen allerorts! Merkt Euch das. — Halte den Zugzug fern, unsere Zahl vermindert sich mit jedem Tage durch Abreisende.

Unterstützung ist zu senden an R. Klein, Trierische Gasse in der Buchbindererei des Herrn Meier.

B. Fornoff.

### Allgemeiner Vöttcher-(Küper-) Verein.

**Dresden, 12. November.** Den Strife der Dresdner Vöttchergesellen, welcher am 6. Oktober ausbrach, erklären wir für beendet. Obgleich durch die vielfach und wohl auf die „humanste“ Weise getroffenen Maßregeln unserer Arbeitgeber und durch die Kurzsichtigkeit der Arbeiter selbst, welche der Ueberredungskunst gewisser Arbeitgeber zu statten kam, unser Strife zum Theil vereitelt und die gerechte Forderung nicht erzielt worden ist, so kennen wir doch zu unserer Zufriedenheit berichten, daß wir trotz alledem die zehnstündige Arbeitszeit in den meisten Werkstätten eingeführt sehen, sowie auch eine Lohnerhöhung von 20 bis 25 Prozent erzielt ist. Diejenigen Arbeitgeber, welche durchaus noch nicht von dem alten Joß lassen wollen, werden dies seiner Zeit noch gern von selbst thun, denn Unterzeichneter wird nicht aufhören, in Gemeinschaft mit seinen Collegen öffentlich die Wahrheit zu verkündigen und seine so tief gesunkene Profession seiner Zeit auch am hiesigen Plage dahin zu dringen, daß auch den Vöttchergesellen endlich ein menschenwürdiges Dasein zu Theil wird, was natürlich der Arbeiter nach der Ansicht unserer Arbeitgeber nicht zu beanspruchen hat. Deshalb, Collegen allerorts, rufe ich Euch zu, organisiert Euch so weit Ihr es könnt; es thut und allen sehr noth. Folgen wir dem Beispiel anderer Gewerke, und es wird nicht mehr vorkommen können, daß man uns mit den niedrigsten Maßregeln auseinander sprengt. Schließt Euch alle der bereits geschaffenen Organisation des Allgemeinen Vöttcher-(Küper-) Vereins an, bald kommt die Zeit, wo dieselbe in einer stattfindenden General-Versammlung immer festeren Grund fassen wird, wo wir dann im Stande sein werden, in geschlossenen Reihen auch Denjenigen, die uns zu Nichts machen wollen, mit einem donnernden Halt entgegenzutreten zu können.

Mit Gruß und Handschlag

F. W. Petters, Bevollmächtigter.

Gleichzeitig geben wir hier eine kurze Abrechnung über die eingegangenen Unterstützungsgelder, und sagen unsern auswärtigen Collegen den freundlichsten Dank. Sollte an uns der Mahnruf erschallen, den wir ergehen ließen, so werden auch wir unsere Pflicht nicht unerfüllt lassen.

**Drittung:** Berlin durch Plüschle Thlr. 150; Hamburg d. Denkmann Thlr. 20; Dresden d. Nielsch Thlr. 21; Leipzig d. Schimmel Thlr. 24; Zwickau d. Weibt Thlr. 18; Bremen d. Lohs Thlr. 20; Döbeln d. Söhnig Thlr. 15 8 5; Birnbaum d. Salomon Thlr. 13 15; Berlin d. Salenger Thlr. 11; Auerbach i. B. d. Köhler Thlr. 4; Jechoe d. Fische Thlr. 6 3; Dortmund d. Lippmann Thlr. 14; Chemnitz d. Frommelt Thlr. 5; Radeberg d. Jung Thlr. 5; Hannover d. Plügge Thlr. 10 20; Altenburg d. Stod Thlr. 13 7 5; Wien d. Walter 10 fl. = Thlr. 5 20; Prag d. Katoiska 12 fl. = Thlr. 6 24; Halle a. d. S. d. Maurshatt Thlr. 3 28; Lübeck d. Vietens Thlr. 4; Bielefeld d. Thiele Thlr. 3; Frankfurt a. D. d. König Thlr. 3 5; Dresden Gewerkschaft der Holzarbeiter Thlr. 30; Dresdner Sammlung: durch Hartmann Thlr. 3 2 3; d. Hadebeil Thlr. 1 25; d. Schneider Thlr. 1 5; d. Sieß Thlr. 1 24 5; d. Kersten Thlr. — 27 5; d. Börner Thlr. 1 7; d. Loye Thlr. 3. Summa der eingegangenen Unterstützung Thlr. 421 12 3. Bestand der Strikelasse Thlr. 50 20. Summa Summarum Thlr. 472 2 3.

An Unterstützung wurde gezahlt Thlr. 374 1. An Vereinskosten Thlr. 53 16 7. Summa Summarum Thlr. 427 17 7. Bleibt Bestand Thlr. 44 14 6.

## Correspondenzen.

**Reichenbach i. F.** Der am Sonntag in Falkenstein stattgehabten Bezirksversammlung ging eine Volksversammlung voraus. Wolfrum aus Lengensfeld erhielt den Vorsitz. Seidel und Müller aus Reichenbach und Schaarschmidt aus Wylau referirten über den Reichstags und befürworteten ein thätiges Eingreifen des bedrückten Volkes zur Erzielung anderer Zustände. Die Worte machten einen guten Eindruck.

Das Central-Comité hieselbst fordert hierdurch alle Parteigenossen in den Städten auf, sofort die nahen Dörfer zu besuchen, um Männer zu gewinnen, welche zur Einberufung von Wahlversammlungen oder zum Austragen der Wahlausfrage und Stimmentzettel fähig sind. Die Namen dieser Leute sind an das Central-Comité zu berichten; auch muß sofort Anzeige gemacht werden, wenn gegnerische Versammlungen stattfinden sollten, damit den Gegnern der Sozialdemokratie die Lust vergehe, bloß vor der Wahl zum Volke zu reden.

**Menditz, 15. Nov.** Wir müthen dem „Volksstaat“ durchaus

nicht zu, sich mit den Angelegenheiten jedes einzelnen Ortes, mag derselbe Schilbe oder Krähwinkel heißen, zu beschäftigen. Wenn es aber gilt, Uebelstände zu bekämpfen, die vielleicht weit verbreitet sind, und gegen welche ankämpfen der Einzelne machtlos ist, dann ist es Pflicht, dieselben öffentlich zu rügen. Es ist hier schon öfters vorgekommen, daß für hiesige Lehrer von Haus zu Haus gesammelt wurde, um dieselben zu ihrem Geburtstag zu beschenken. Besonders thätig war dabei ein Kaffeeklub, zu dem auch die Frauen der betreffenden Lehrer gehörten und welche recht geschickt die Wünsche ihres Herzens anzubringen verstanden. Nächstens werden es nun 25 Jahre, daß einer von diesen Herren das A-b-c traktirt hat, und man macht schon seit einiger Zeit die gewaltigsten Anstrengungen, dieses Jubiläum so großartig wie möglich zu feiern. Wir hätten auch gar nichts dawider, wenn die „hohen Herrschaften“ dies unter sich abmachten. Wenn man aber schamlos genug ist, den Klingelbeutel von Familie zu Familie betteln zu schicken und selbst Schulkinder dazu zu verwenden, so wird es Zeit, über solches Treiben einmal ein ernstes Wort zu sprechen. Wir hatten früher eine Schule, worin alle Kinder gleichen Unterricht genossen, und konnten damit ziemlich zufrieden sein. Allein bald wurde es den sogenannten Vornehmen zu gering, ihre Kinder neben denen der Arbeiter sitzen zu lassen, und zu kostspielig, dieselben in die nahe Stadt zu schicken. Es mußte daher für diese eine besondere, (vielleicht um eine Treppe) höhere Anstalt errichtet werden. Die Trennung geschah. Da jedoch die bemittelte Klasse nicht die sämtlichen Erhaltungskosten für ihre Schule decken mochte, so nahm sie das Fehlende aus dem Gemeindefiskus, so daß auch der arme Arbeiter genöthigt ist, seinen Theil dazu beizutragen. Das ist ja die liebe Humanität im Sinne unserer Zeit! Und dazu müthet man bei den jetzigen Theuerungsverhältnissen den so schon bedrängten Arbeiterfamilien zu, zu einer Feiertagsfeier, die doch gar nichts weiter auf sich hat. Wenn ein Armer um eine Gabe bittet, so nennt man ihn eiligst einen unverschämten Bettler; ist's hier anders? Wir möchten, es müßte sonst zursühnenden Lehrern und deren Frauen nur angenehm sein, wenn sie durch solch Aufsehen erregenden Spektakel in ihrer Berufstätigkeit nicht gestört würden, und sie würden deshalb nur klug thun, solche Tage zu verschweigen. M.

**Sonneberg, 16. Novbr.** (Grausamkeit gegen einen Arbeiter.)

Ein hiesiger Parteigenosse schuldet dem Vereinsarzt R. für die Behandlung seiner Frau die Summe von 6 fl. 30 kr. Die Lage des Mannes war eine verzweifelte; er konnte nicht zahlen; und wahrscheinlich, weil er ein Sozialdemokrat ist, wurde von dem Arzt die Exekution eingeleitet. Der Exekutor tritt in die Stube des Arbeiters und theilt diesem mit, daß er ihn zu pfänden komme. Der Arbeiter er bietet sich, dem Arzte wöchentlich 1 fl. abzuzahlen. Der Exekutor läßt sich aber auf einen Vergleich nicht ein und schreitet zur Pfändung. Und was pfändet er? Ohne Rücksicht auf die kranke Frau — das Bettuch, die Bettdecke und eine Lade. Die großen Hallunken, die sich durch Betrügerei mühe-los Millionen erwerben, können ungestört von ihrem Raube gehen, der arme Arbeiter aber, wenn er ohne sein Verschulden in Noth geräth, wird noch um sein Restes gebracht. Das ist die beste der Welten!

**Berlin.** Am Sonntag den 9. November hatten wir in Gratenweils Bierhallen eine Parteiversammlung durch Plakate einberufen mit dem Bemerk, Freunde und Gefinnungsgenossen seien willkommen. In Folge dessen sahen sich die Herren Tölke, Hasenclever nebst einer bedeutenden Anzahl Mitglieder des Allgemeinen Deutschen veranlaßt, daß nicht allzugerühmte Lokal schon lange vor der Zeit zu besetzen, um wieder einmal zu zeigen, daß sie nichts weiter bezwecken, als im Interesse der herrschenden Klasse das Versammlungsgesetz illusorisch zu machen. Unter solchen Umständen wird es uns kein Parteigenosse verdenken, wenn wir den Herren den Spaß dadurch etwas versalzen, daß wir die Eröffnung so lange wie möglich hinauzogen, besonders da wir wußten, daß jene Herren im Handwerkerverein eine Robert Blumfeier angelegt hatten. Unser Zweck wurde erreicht und konnten bei Eröffnung der Versammlung wenigstens die später gekommenen Parteigenossen von 100 in das Lokal gelangen. Nachdem unser Vertrauensmann erklärt hatte, daß er das Bureau unter keiner Bedingung Nichtparteiengenossen überlassen würde, fügten sich die Herren, wenn nur die Tagesordnung abgesetzt und dafür über unser Verhalten bei der nächsten Reichstagswahl debattirt würde. Damit konnten wir zufrieden sein, wenn wir auch gleichwohl wußten, daß das Aussprechen ein vergebliches sein würde. Nach den Ausführungen Hasenclevers, daß die hiesigen 13 Eifenacher Mühlen-dammer und deshalb gegen ihn agitirten, um im Interesse der Bourgeoisie die Stimmen der Arbeiter zu zersplittern und daß sich Johann Jakob niemals zu solchen Possenspiel hingeben würde, wenn er nicht falsch berichtet worden wäre; nahm Parteigenosse Weppen die Wort und wies die Angriffe Hasenclevers energisch zurück, indem er zunächst die Parteigenossen aufforderte durch Hand-aufheben zu zeigen, wer die 13 Mühlen-dammer wären (es erhoben circa 150 die Hand. Hasenclever: „Es bleiben doch nur 13“). Dann wies Redner auf die Beschlüsse der General-Versammlung des Allgemeinen Deutschen hin und erklärte, daß unsere Congress-beschlüsse nur Konsequenz dieser wären. Betreffs Johann Jakob's könnte er den Herrn Präsidenten ebenfalls dahin berichtigen, daß derselbe vollständig mit uns einverstanden wäre und sehr wohl wüßte, daß uns wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Uns aber sei es gerade darum zu thun, für diesen Mann, der erst in jüngster Zeit für seine Idee gelitten hat, mit aller Energie einzutreten. Was nun weiter geredet wurde, hatte für uns kein Interesse und ebensowenig die beantragte famose Resolution; wir konnten jetzt mit ruhigem Gewissen die Herren ihren Blödsinn schwagen lassen. Wie übrigens die anwesenden unbefangenen Arbeiter urtheilten, zeigte das sich eine Anzahl nach Schluß der Versammlung in unsere Listen einzeichnen ließen. Die Herren Hasenclever und Consorten mögen übrigens einsehen, daß ihnen ein solches Gebaren wenig Nutzen bringt; todtschreien und unterdrücken läßt sich das vernünftige Wort nicht, der Stamm unserer Parteigenossen hält fest und wächst mit jeder Versammlung, die 13 Mühlen-dammer werden den nicht zählen könnenden Präsidenten noch oft in Verlegenheit setzen.

Wie sehr unsere Partei hier an Anhang und Mitgliedern gewonnen hat, beweist das am 15. e. in den weiten Räumen der Königshöhe stattgefundene Arbeiterfest. Obgleich wir zu demselben weder durch Plakate noch durch andere Anzeigen als durch den „Volksstaat“ eingeladen hatten, waren dennoch die Säle überfüllt. In bisher noch unerklärter Weise war das Festprogramm, auf dessen Rückseite das zum Massengesang bestimmte Lied „Arbeitend leben oder kämpfend den Tod“ stand, in die Hände der Polizei gekommen. Die Existenz des neu geschaffenen Reiches stand auf dem Spiel, wenn in Berlin das Lied gesungen wurde, die Polizei hatte also nichts eiliger, als bei einer großen Anzahl Parteigenossen (mehr als 13, Herr Hasenclever!) mit ungewöhnlichem Eifer nach dem gefährlichen Objekt zu fahnden, natürlich resultatlos, denn

